



Projektland: Serbien und Montenegro

Quartal/Jahr: Oktober – Dezember 2010

Schlagzeilen:

Serbien kommt EU-Beitritt näher

Parlament verurteilt Kriegsverbrechen an Serben

Serbiens Präsident entschuldigt sich bei Kroaten wegen serbischer Kriegsverbrechen

US-Außenministerin Clinton besucht Belgrad und Prishtina

Kosovo: Regierung gestürzt – Vorgezogene Parlamentswahlen abgehalten

Schwere Vorwürfe gegen Premier Thaci wegen Organ- und Rauschgifthandel

Montenegro bekommt EU-Kandidatenstatus

Regierungschef Djukanović tritt zurück

Serbien ist dem angestrebten EU-Beitritt einen weiteren Schritt näher gekommen nachdem sich die EU-Außenminister Ende Oktober 2010 darauf geeinigt hatten, den von Serbien gestellten Antrag auf EU-Mitgliedschaft an die Europäische Kommission weiterzuleiten, deren positives Gutachten Voraussetzung für den Beginn konkreter Beitrittsverhandlungen ist. In der Erklärung der EU-Außenminister wird jedoch festgehalten, dass weitere Fortschritte Serbiens im EU-Beitrittsprozess von der vollen Zusammenarbeit Belgrads mit dem UN-Kriegsverbrechertribunal in Den Haag abhängig gemacht werden. Dies war vor allem ein Anliegen der Niederlande, die sich bis zuletzt gegen die Weiterleitung des serbischen EU-Beitrittsgesuchs widersetzt hatten. Die zwei flüchtigen Haager Angeklagten, der Ex-General der bosnischen Serben Ratko Mladić und der ehemalige politische Chef der kroatischen Serben Goran Hadžić, bleiben das Haupthindernis im EU-Annäherungsprozess Serbiens.

Nachdem das serbische Parlament Ende März 2010 mit einer Resolution das Massaker von Srebrenica verurteilt hatte, wurde am 14. Oktober 2010 eine Erklärung zur Verurteilung aller in den Balkan-Kriegen der 1990er Jahre an Serben begangener Verbrechen verabschiedet. Das Votum wurde mit knapper Mehrheit von der Regierungskoalition und der pro-europäischen oppositionellen Liberaldemokratischen Partei (LDP) unterstützt. Wider Erwartung blieben die nationalistischen Oppositionsparteien, die den Text der Erklärung heftig kritisiert hatten, der Abstimmung fern.

Die Resolution bezieht sich auf Kriegsverbrechen an Serben in den Kriegen in Kroatien, Bosnien-Herzegowina und im Kosovo, wobei auch Bedauern und Kondolenz mit den Opfern der NATO-Luftangriffe gegen die Bundesrepublik Jugoslawien 1999 bekundet wird. Damals kamen offiziellen Angaben zufolge etwa 2.000 Zivilisten ums Leben. Die Opposition stieß sich daran, dass die Luftangriffe an sich in der Erklärung nicht verurteilt wurden. Zudem wurde als „Revision der Geschichte“ bemängelt, dass die serbischen Opfer im Zehn-Tage-Krieg um die Unabhängigkeit Sloweniens 1991 nicht erwähnt wurden. In der Präambel drückt das Parlament auch tiefstes Bedauern wegen der Opfer anderer Völker und ethnischer Minderheiten aus. Außerdem wird die Entschlossenheit zum Ausdruck gebracht, die volle

historische Wahrheit über alle Kriegsverbrechen festzustellen und diese rechtlich aufzuarbeiten, damit die Verbrecher nicht unbestraft bleiben und die Verbrechen sich nie mehr wiederholen.

Nur kurze Zeit nach der Verabschiedung der Parlamentsresolution besuchte **Boris Tadić** Anfang November 2010 als erster serbischer Präsident die im Kroatien-Krieg stark umkämpfte Stadt Vukovar. In Anwesenheit des kroatischen Amtskollegen und Gastgebers Ivo Josipović erklärte Tadić nach der Kranzniederlegung beim Landgut „Ovčara“: „Ich bin hier um mich vor den Opfern zu verneigen, um noch einmal die Worte der Entschuldigung auszusprechen, mein Bedauern auszudrücken und die Möglichkeit für Serbien und Kroatien zu schaffen, eine neue Seite der Geschichte aufzuschlagen“. Dieser Versöhnungsbesuch von Tadić ist von schwerwiegender Bedeutung, umso mehr da er sich damit zu Hause, wo nach Angaben der serbischen Regierung weiterhin über 200.000 Flüchtlinge aus Kroatien leben, nicht populär machte.

Kroatiens Präsident **Josipović** legte im Gegenzug auch einen Kranz vor dem Denkmal unschuldiger serbischer Opfer in der Nähe der kroatischen Stadt Osijek, so dass der wechselseitige Kniefall komplett war. Dieser war mehr als eine symbolische Geste – es war ein Tabubruch auf höchster Ebene, eine Wende in den Beziehungen der beiden von Gewalt und Leid belasteten Völker. Das Präsidentenduo zeigte, dass möglich ist, was für viele bis vor kurzem unmöglich schien – eine gemeinsame Zukunft auf der Grundlage von Geständnis, Verzeihung und Versöhnung.

Die US-Außenministerin **Hilary Clinton** besuchte im Oktober 2010 im Rahmen einer Balkantournee neben Sarajevo auch Belgrad und Prishtina. Ziel der Reise war zu bezeugen, dass die USA die Balkan-Länder im Streben nach einer Integration in die EU und NATO unterstützen. Wichtigstes Anliegen der Amerikaner in der Region ist der geplante Dialog zwischen Serbien und Kosovo über technische Fragen, den die EU vermitteln soll. Wegen der Weigerung Serbiens den Kosovo anzuerkennen soll die Statusfrage ausgelassen werden. Die USA haben jedoch die Unterstützung für den EU-Beitritt Serbiens an die Auflage geknüpft, dass im Rahmen dieses Dialogs konstruktive Gespräche geführt werden, die zur Entspannung der Lage beitragen und so bald wie möglich beginnen sollen. Allerdings könnte es zu einer Verzögerung des Auftakts der Gespräche kommen, weil sich Kosovo seit Ende September, nachdem Präsident **Sejdiu** seinen Rücktritt eingereicht hatte, in einer schweren politischen Krise befindet.

Kosovos Präsident Fatmir Sejdiu hatte mit seinem Rücktritt am 27. September 2010 die Konsequenzen aus dem Urteil des Verfassungsgerichts gezogen, das ihm Verfassungsbruch vorwarf, weil er nach seinem Amtsantritt als Staatschef seinen Posten als Parteivorsitzender der Demokratischen Liga KOSOVOS (LDK) beibehalten hatte. Kurz drauf zog sich die LDK aus der Regierungskoalition mit der Demokratischen Partei Kosovos (PDK) des Ministerpräsidenten **Hashim Thaci** zurück. Als Folge war das Parlament durch den Boykott der Opposition wochenlang blockiert, so dass der Haushalt für 2011 nicht mehr verabschiedet werden konnte.

Um die politische Krise zu beenden, wurde am 02. November 2010 mit einem Misstrauensvotum die Regierung gestürzt, das Parlament aufgelöst und für den 12. Dezember 2010 Wahlen ausgeschrieben. Ursprünglich waren die Wahlen für den 13. Februar 2011 geplant. Die vorgezogenen Neuwahlen waren aber durch den Bruch der Regierungskoalition und die dadurch erfolgte Handlungsunfähigkeit des Parlaments notwendig geworden und mussten nach dem Regierungssturz laut Verfassung binnen 45 Tagen stattfinden.

Bei der ersten vorgezogenen Parlamentswahl nach der Unabhängigkeitsausrufung Kosovos beworben sich 29 Parteien für 120 Sitze. Davon sind verfassungsrechtlich 20 Mandate den Minderheitengruppen vorbehalten. Um den Sprung ins Parlament waren dieses Mal auch 6 serbische Parteien bemüht, obwohl Belgrad den Standpunkt vertrat, dass die

Voraussetzungen für die Wahlteilnahme der serbischen Volksgruppe nicht gegeben waren. Eine aktive Boykott-Politik von serbischer Seite wurde allerdings nicht geführt.

Bei den Wahlen beteiligte sich erstmalig auch die extremistische ultra-nationalistische Organisation Vetevendosje (Selbstbestimmung) des härtesten Kritikers der UN- und EU-Vertreter im Kosovo, **Albin Kurti**, der offen eine Vereinigung Kosovos mit Albanien befürwortet und sich für ein Referendum über Großalbanien, in dem sich auch die Albaner in Südserbien, Montenegro und Mazedonien zu einem Staat zusammenschließen sollen, einsetzt.

Den bisher veröffentlichten Wahlergebnissen zufolge erzielte die PDK von Premier Thaci mit 33,5 Prozent der Stimmen einen klaren Sieg. Die aus der Regierungskoalition ausgetretene und folglich oppositionelle LDK des zurückgetretenen Präsidenten Sejdiu kam auf 23,6. Drittstärkste Kraft wurde Kurtis Bewegung für Selbstbestimmung mit 12,2 Prozent. Die Wahlbeteiligung belief sich auf 47,5 Prozent der 1,6 Millionen Wahlberechtigten im Kosovo.

Nachdem sich Thaci bereits in der Nacht nach dem Wahltag zum Sieger erklären lassen hatte kamen nach der ungewöhnlich späten Bekanntgabe der Wahlergebnisse fast 24 Stunden nach Schließung aller Wahllokale Berichte über Wahlbetrug in die Öffentlichkeit. Zahlreiche Parteien behaupteten, die PDK habe die Abstimmung massiv manipuliert und gefälscht. Besonders kritisch wurde die sehr hohe Wahlbeteiligung in den Hochburgen von Thacis PDK gesehen, wo mehr als 90 Prozent der Wähler abgestimmt haben sollen. Die kleineren Parteien wollen nun auch Dokumente, die den Wahlbetrug belegen, veröffentlichen. Es soll Fälle von mehrfacher Stimmabgabe gegeben haben. Auch Wahlzettel von bereits verstorbenen und im Ausland lebenden Kosovaren sollen gefunden worden sein. Insofern wird mit einer Wiederholung des Urnengangs in Zahlreichen Wahllokalen gerechnet, die am 09. Januar 2011 erwartet wird.

Thacis Wahlsiegesfeier war jedoch von kurzer Weile – nur zwei Tage nach den Wahlen wurde ein Bericht des Europarates, der ihm Verwicklung in kriminelle Machenschaften vorwirft, publiziert.

Der am 14. Dezember 2010 veröffentlichte Bericht des Schweizer Europaratabgeordneten **Dick Marty** beschuldigt den Kosovo-Regierungschef Hashim Thaci sowie weitere frühere Führer der Kosovo-Befreiungsarmee UCK am Handel mit Organen serbischer Gefangener nach dem Kosovo-Krieg 1998-99 beteiligt gewesen zu sein.

Marty bezeichnet Thaci im Bericht explizit als einen Mafia-Boss, dessen kriminelle Aktivitäten bis heute andauern. Die durchgeführten Untersuchungen des Berichterstatters konzentrierten sich auf den illegalen Organhandel seit Juni 1999, als internationale Friedenstruppen nach den dreimonatigen NATO-Luftangriffen auf Serbien in den Kosovo einmarschierten. Hunderte von Menschen, vorwiegend Serben, aber auch UCK-gegnerische Kosovo-Albaner, sollen aus dem Kosovo in den Norden Albaniens verschleppt worden sein, wo sie gefangen gehalten wurden und unmenschlicher und erniedrigender Behandlung ausgesetzt waren, bis man „Kunden“ gefunden hatte, so der Bericht. Dann wurden sie umgebracht, die bestellten Organe – hauptsächlich Nieren – wurden den Leichen entnommen und vom Flughafen Tirana nach Kanada, Deutschland, Polen und Israel transportiert. Eine Niere soll damals bis zu 90.000 DM gekostet haben. Die komplette Verbrechenaktion soll von der sogenannten „Drenica-Gruppe“ organisiert und durchgeführt worden sein, an deren Spitze der damalige Kommandant der UCK Hashim Thaci stand.

Martys Bericht stützt sich unter anderem auf Ermittlungen des FBI und mehrerer Geheimdienste sowie auf frühere Ermittlungen des Haager UN-Kriegsverbrechentribunals und der serbischen Staatsanwaltschaft. Auf den illegalen Organhandel hatte noch 2008 die UN-Chefanklägerin **Carla Del Ponte** in ihrem Buch „Im Namen der Anklage – Meine Jagd auf Kriegsverbrecher und die Suche nach Gerechtigkeit“ aufmerksam gemacht. Das Tribunal hatte damals die Ermittlungen jedoch abgebrochen, weil es nicht das Mandat hatte, Verbrechen, die nach dem Krieg geschehen sind, nachzugehen.

Marty zitiert auch vertrauliche Berichte von Drogenbekämpfungsbehörden in mindestens fünf Staaten, wonach Thacis Gruppe seit zehn Jahren den Rauschgifthandel im Kosovo mit Gewalt kontrolliert. Diesbezüglich übt Marty auch scharfe Kritik am Verhalten der

internationalen Gemeinschaft, welche die serbischen Verbrechen im Kosovo verurteilt, die UCK-Verbrechen jedoch ignoriert habe, um kurzfristige Stabilität zu erreichen. Martys Bericht belegt weiter, dass Belgrad dem UN-Tribunal eine 40.000 Seiten schwere Dokumentation über Thacis kriminelle Aktivitäten zur Verfügung gestellt hat, die UNMIK jedoch kein Interesse gezeigt habe gegen Thaci und seine Mitläufer vorzugehen, weil die Meinung überwog, dass nur Thaci die brüchige Lage im Kosovo unter Kontrolle halten kann. Während Thacis Kabinett und seine PDK-Partei Martys Bericht als von Serbien lancierte Verleumdung entrüstet zurückwies und Kosovo-Vizepremier **Hajredin Kuci** den Schweizer Parlamentarier als „kleinen Milosevic“ bezeichnete, zeigte man sich in Serbien erfreut. Die serbische Justiz hatte Thaci wegen Beteiligung an mehreren Morden bereits 1998 in Abwesenheit zu zehn Jahren Haft verurteilt.

In Bezug auf Martys Bericht nahm der Rechtsausschuss der parlamentarischen Versammlung des Europarates am 16. Dezember 2010 in einer einstimmig angenommenen Resolution Stellung und forderte eine Reihe von internationalen und nationalen Untersuchungen zu den schweren Organhandels-Vorwürfen gegen Thaci. Die Parlamentarier erhoben auch schwere Vorwürfe gegen die internationalen Organisationen im Kosovo, die zur Erlangung kurzfristiger Stabilität in der Unruheregion wichtige Grundsätze der Gerechtigkeit geopfert haben.

Nachdem die EU-Kommission in ihrem Fortschrittsbericht Montenegro für einen EU-Kandidatenstatus empfohlen hatte, wurde das Land beim EU-Gipfel in Brüssel am 17. Dezember 2010 offiziell zum EU-Beitrittskandidaten ernannt. Bevor konkrete Beitrittsverhandlungen beginnen können, hat Montenegro aber weitere Reformanstrengungen zu leisten und Bedingungen zu erfüllen, wobei sieben Bereiche genannt wurden. Bei diesen Schlüsselprioritäten geht es um Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, Justizreform, Wahlrechtsreform, die Rolle des Parlaments, die Reform der öffentlichen Verwaltung, Medienfreiheit, Kooperation mit der Zivilgesellschaft, den Umgang mit Diskriminierung und vertriebenen Personen sowie vor allem den Kampf gegen organisierte Kriminalität und Korruption. Sobald die EU-Kommission ausreichend Fortschritte in diesen Bereichen festgestellt hat, wollen die EU-Außenminister über die Aufnahme konkreter EU-Beitrittsverhandlungen entscheiden.

Der montenegrinische Ministerpräsident **Milo Djukanović** bezeichnete die Erlangung des EU-Beitrittskandidatenstatus als historischen Durchbruch und trat am 21. Dezember 2010 nach zwei Jahrzehnten als Staats- und Regierungschef Montenegros zurück.

Djukanović hatte bereits in den vergangenen Monaten angekündigt abtreten zu wollen, sobald das Land EU-Kandidat wird, um privat mehr Zeit zu haben und sich als Unternehmer zu betätigen. Sein von ihm selbst designierter Nachfolger soll der Finanzminister **Igor Lukšić** werden, einer seiner engsten Vertrauten. Die Opposition befürchtet hingegen, dass Djukanović durch seinen Nachfolger weiterhin großen Einfluss in der Politik haben wird.

Zusammen mit Premier Djukanović räumte auch sein Stellvertreter, **Svetozar Marović**, sein Amt. Oppositionspolitiker werfen beiden Männern seit langem vor, Montenegro mit einigen wenigen Familien von extrem Reichen in einen „Privatstaat“ verwandelt zu haben. Djukanović wird sogar als „Pate einer kriminellen Vereinigung“ bezeichnet.

Der als „Politprofi“ bekannte Djukanović hatte 2006 unmittelbar nach der Unabhängigkeitserklärung Montenegros schon das erste Mal sein Amt niedergelegt. Als Begründung führte er damals Politikmüdigkeit und private Geschäftsvorhaben an. Unterdessen ermittelte jedoch die italienische Staatsanwaltschaft gegen ihn wegen Zigarettenschmuggel in den 1990er Jahren. Aus Mangel an Beweisen wurde die Anklage allerdings fallen gelassen und Djukanović kehrte in die Politik zurück. Vorwürfe der Opposition wegen Amtsmissbrauchs wurden damals ebenfalls laut. Djukanović soll sich bei der Privatisierung der staatseigenen Betriebe bereichert haben. Lückenlos geklärt wurde auch nicht, wie Djukanović und seine Familie an ihr Millionenvermögen gekommen sind.

Der Vorsitzende der stärksten Oppositionspartei „Bewegung für Wandel“, **Nebojša Medojević**, sieht als Hauptgrund für den aktuellen Rücktritt von Djukanović den Druck der internationalen Gemeinschaft in Bezug auf die gleichzeitige Verwicklung in organisierte Kriminalität hochrangiger Politiker in den Balkan-Ländern – wie beispielsweise Kosovos Premier Hashim Thaci und Kroatiens Ex-Premier **Ivo Sanader**, der kürzlich aufgrund eines internationalen Haftbefehls in Österreich wegen Amtsmissbrauch und Korruption verhaftet wurde.

Medien gegenüber äußerte Medojević die Meinung, dass Djukanović den Vorsitz in seiner Demokratischen Partei der Sozialisten beibehalten und damit die „graue Eminenz“ im politischen Leben Montenegros bleiben werde. Medojević befürchtet, dass es durch den Rücktritt von Djukanović nicht automatisch zu Veränderungen in Montenegro kommen werde.

HERAUSGEBER: CHRISTIAN J. HEGEMER, LEITER IIZ
AUTOR: VIDICA DRAKULIĆ
REDAKTION: LUTZ KOBER
LAZARETTSTR. 33 – 80636 MÜNCHEN –
TEL.: +49 (0)89 1258-0 – FAX.: +49 (0)89 1258-359
E-MAIL: GRUNDSATZREFERAT@HSS.DE – HOMEPAGE: WWW.HSS.DE
ERSTELLT AM: 13.01.2011